

Versuch abgebrochen

Erfolglos mußte ein Experiment beendet werden, das Außenminister Walter Scheel nach dem Wechsel seines zweiten Staatssekretärs Sigismund von Braun an die Pariser Botschaft begonnen hatte: den freigewordenen Posten nicht wieder neu zu besetzen. Brauns Zuständigkeiten für Handelspolitik und Kultur waren auf Staatssekretär Paul Frank übergegangen, die Europa-Kompetenz hatte der neu etablierte Parlamentarische Staatssekretär Hans Apel erhalten. Doch schon nach wenigen Monaten fühlte sich Staatssekretär Frank durch die Aufgabenhäufung so überfordert, daß er Scheel um Entlastung durch einen zweiten Staatssekretär bat. Im Juni wird daher Hans-Georg Sachs, bislang Botschafter bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel, die verspätete Braun-Nachfolge antreten.

Obergenossen unter sich

Willy Brandt will den sozialdemokratischen Parteivorstand (PV) auf Vordermann bringen. Auf sein Drängen hin beschloß der PV, endlich einer Verabredung vom Frühjahr letzten Jahres zu folgen und bei Vorstandssitzungen künftig die Mitarbeiter der SPD-Führungszentrale auszuschließen. Die Mitarbeiter — von rechten Obergenossen verdächtigt, Beratungsergebnisse auszuplaudern — dürfen demnach künftig nicht mehr an den PV-Sitzungen teilnehmen, und selbst SPD-Kabinettsmitglieder, die dem Vorstand nicht angehören, werden nur noch in Ausnahmefällen zugelassen. Die Klausur-Bestimmungen, die eine offenere Diskussion ermöglichen sollen, sind Teil eines Konzepts des SPD-Chefs, den bislang eher bedeutungslosen Parteivorstand politisch aufzuwerten und stärker in die Führung der Partei einzuspannen.

Diplomatische Rache

Durch propagandistische Pannen verärgert, will Kanada die DDR nicht so schnell diplomatisch anerkennen wie ursprünglich beabsichtigt. Die deutschsprachige Wochenzeitung „Montrealer Nachrichten“ (bei der Christine Lorf, Ehefrau des Ost-Berliner AA-Presseschefs, als Redakteurin im Impressum stand) hatte behauptet, eine Anerkennungs-Bittschrift an Ministerpräsident Pierre Elliott Trudeau sei von mehr als 200 000 Kanadiern unterschrieben worden. Kaum hatte die (DDR-)Liga für Völkerfreundschaft den „Nachrichten“-Chef mit ihrem Friedenspreis dekoriert, stellte sich heraus, daß die Eingabe lediglich von 147 Kanadiern un-

terstützt worden war. Das Pro-DDR-Blatt reagierte auf die Enthüllung durch Regierungs-Beamte mit einer Polemik gegen Trudeau, der als „Chef der parlamentarischen Demokratie, des paradiesischen Systems der Bankräuber, Maffiosi und verlausten Arbeitsscheuen“ abqualifiziert wurde. Der Ministerpräsident schwor diplomatische Rache: „Wenn ich auch nicht der allerletzte sein werde, der diesen Staat anerkennt — der vorletzte werde ich ganz bestimmt sein.“

Falsch programmiert

Dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) wird vom linken Flügel des — mit 3,5 Millionen Mitgliedern größten

— italienischen Gewerkschaftsverbands CGIL vorgeworfen, „nur sehr langsam eine Haltung zur Gastarbeiterfrage zu finden“. In der Zeitschrift „fabbrica e stato“ zeigen die CGIL-Linken am Beispiel der Bundesrepublik und Italien auf, daß die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften der Auswanderer- und Einwanderer-Länder „unterentwickelt“ seien und daß nie versucht wurde, eine gemeinsame Gastarbeiter-Politik voranzutreiben. Statt dessen erkenne der DGB bis heute nicht die kommunistisch-sozialistische CGIL als Gesprächspartner an, sondern kollaboriere lieber mit den nicht auf Klassenkampf programmierten Verbänden UIL und CISL. „Wenn zehn Millionen Menschen“, so das Gewerkschafts-Blatt,

So schnell und fähig

Das Heer will Erfahrungen aus dem Hubschrauberkrieg in Vietnam für den deutschen Gebrauch abwandeln. Die Heeresflieger glauben ein Mittel gegen die etwa dreifache Panzerüberlegenheit des Warschauer Paktes in Europa gefunden zu haben: den Panzerabwehrhubschrauber (PAH).

Der Rüstungsstaatssekretär der Hardthöhe, Siegfried Mann, genehmigte jetzt den Heeresfliegern Millionenbeträge: Ihr Inspizient, Brigadegeneral Hans Drebing, darf seit dem 1. April mit einer Hubschrauber-Versuchsstaffel von zehn — vom Luftfahrtkonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) gecharterten — Klein-Helikoptern des Typs Bo-105 experimentieren (Photo). Leihgebühr für ein Jahr: drei Millionen Mark.

Die Versuche mit der bislang schon an Polizei, Grenzschutz und zivile Kunden verkauften Bo-105 (Preis: rund 850 000 Mark) sollen beweisen, daß bewaffnete leichte Helikopter zur Panzerabwehr taugen. Drebing: „Wie das Sturmgeschütz im Zweiten Weltkrieg, nur losgelöst vom Boden, zehnmal so schnell und fähig, mit der ersten Rakete auf drei bis vier Kilometer voll zu treffen.“

Die ersten Erfahrungen sammelten die Heeresflieger im Frühsommer 1972, als Deutsche, Amerikaner und Kanadier in der Gegend von Ansbach Duelle zwischen Bundeswehr-„Leoparden“ und Hubschraubern austrugen. Die Übung endete mit einem überlegenen Erfolg der Helikopter: Die Bordschützen simu-



lierten scharfe Schüsse mit Laserstrahlen und setzten 15 Leoparden außer Gefecht, bevor der begleitende Flakpanzer einen Hubschrauber traf.

In Celle will die Drebing-Truppe nun zusammen mit der Luftwaffe und der Panzerbrigade 9 aus Munster versuchen, die in Ansbach gewonnenen Erkenntnisse auf größere Verbände anzuwenden.

Gelingt der Versuch mit dem neuen, defensiven und zumindest in der Planung billigen PAH, muß die Hardthöhe ihr bisheriges Panzerkonzept überdenken. Bislang galt für die Heeres-Generalität der Glaubenssatz, daß teure Kampfpanzer das beste Mittel gegen die Panzer-Armeen des Warschauer Paktes seien.

Wegen der Hubschrauberversuche wurde die Weiterentwicklung des mindestens zweieinhalb Millionen Mark teuren Kampfpanzers Leopard II bereits gedrosselt.